

müsse die imperialistische Regierung seinen demokratischen Forderungen bald nachgeben, in Wirklichkeit ist er und seine organisierte Gefolgschaft die geleithammelte Herde des Imperialismus. Die in England den Krieg bis aufs Messer bekämpften, die revolutionären Gruppen, sie stehen im Gefängnis dahin, oder bilden eine tapfere, aber noch viel zu schwache Minorität, die mit den schlimmsten Mißhandlungen verfolgt wird; und ähnlich steht es in Amerika und Frankreich. Sie verstehen und hassen den ausländischen Imperialismus genau so wie den eigenen. Die Leipzigerin spricht nicht von diesen Kämpfern, sie redet über die angebliche Bedeutsamkeit der organisierten Arbeiter, die sich willig dem Imperialismus unterordnen — diese bilden ja denselben Stoff und spielen dieselbe Rolle wie die Unabhängigen hier.

Die Opposition solcher Leute — hier wie dort — ist eine lärmende Wortopposition, die, um den eigenen Imperialismus (den sie für böswillige Politik einiger Gewaltmenschen halten) zu bekämpfen, den fremden Imperialismus als weniger harmlos darzustellen suchen. Aber wir hassen den fremden Imperialismus nicht weniger als den heimischen, weil wir seinen gemeinsamen Charakter gründlich erkennen; und wir können ruhig die Aufrufe des fremden Imperialismus in ihrer ganzen Heuchelei entlarven, weil wir zugleich den Kampf gegen den eigenen Imperialismus so gründlich, so scharf, so tief einschneidend führen, mit so opfervollen Taten, daß dadurch erst die Arbeiter zum richtigen Verständnis gebracht werden.

Wenn wir in solcher Weise an der Halbheit der „Unabhängigen“ Wortopposition Kritik üben und den imperialistischen Charakter der Wilsonschen Forderungen hervorheben, bedeutet das selbstverständlich nicht, daß die Staatsgrenzen uns heilig sind, auch gegen das Selbstbestimmungsrecht. Es ist klar, daß wenn hier dieselben Prinzipien und dieselbe Klasse zur Herrschaft kommt als jetzt in Rußland, genau so verfahren wird mit Bezug auf andere nationale Völker: wer sich autonom machen will oder sich einem anderen Staatswesen anschließen will, wird daran mit Gewalt nicht behindert werden. Aber darauf kommt es jetzt nicht an, jetzt handelt es sich nicht um die Anschauungen über künftige Staatsorganisation, sondern über den heutigen Klassenkampf.

### Aus unserm politischen Tagebuch.

27. Januar.

Herr Bernhard Dernburg, der ehemalige Staatssekretär hielt in Frankfurt am Main eine Versammlung ab, in der er von der Vaterlandspartei sagte, ihre Führer seien reaktionäre Gewaltpolitiker und die ganze Partei sei eine gewaltige Maschine des Kampfes gegen jeden inneren Fortschritt. Ob Herr Dernburg sich in dem Augenblick, als er diese Worte von sich gab, wohl darüber klar war, welche realen Machtfaktoren die Vaterlandspartei in Deutschland darstellt.

28. Januar.

Es geht augenblicklich ein wenig nach den Wünschen des Freisinn in Deutschland. Schon sitzt er auf dem hohen Ross: „Diese Regierung und Politik (Hertling-Payer-Kühlmann) ist auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes abgestellt. Dabei bleiben wir bestehen. Daran darf und kann nichts geändert werden.“ Das klingt im Munde der Freisinnsmänner heftig und beinahe kühn. Wir werden uns der Worte bei passender Gelegenheit erinnern. Warten wir's in Geduld ab.

29. Januar.

In Brest-Litowsk treten, wie selbst aus den amtlichen W. T. B.-Berichten ersichtlich, zwischen den beiden verhandelnden Parteien allerhand Gegensätze zutage. Herrn Dr. Kühlmann blieb es vorbehalten, den „grundlegenden Unterschied“ der Auffassungen zu entdecken. Hört ihn: „Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Druck und gewaltsames Eingreifen in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden lassen.“

### Par.

Von Ada Negri.

Ich sah im Traum, gleich stolzen Adlerflügeln,  
So riesig und so schön,  
Bei heller Sonne glühenden Strahlen blitzen  
Wohl tausend Banner wehn.

Nie lächelte den Feldern und den Lüften  
Ein licht'res Morgenrot;  
Im Rausch der Stunde waren Meer und Himmel  
Von Flammenglut umloht.

Aus Wald und Fluren stieg empor ein Beben  
Von keimend neuer Kraft,  
Ein starker Windhauch, wie der Traum der Seele,  
Der Zweigen Flügel schafft.

Ich sah empor die Strahlenbanner steigen,  
Siegestrophäen gleich,  
Und die Geschichte eines Volkes zu zeugen,  
Schien jede ruhmestreich.

Durchbohrt von Kugeln waren sie zerrissen,  
Verstümmelt mancher Schaft,  
Als hätten tausend Dolche sie durchstochen  
Im Kampf voll Leidenschaft.

Und schwarze, rote Flecken, Rauch und Pulver  
Verhüll'n der Farben Glut;  
Das Pulver ist's der Flinten und Kartätschen,  
Der Helden junges Blut.

Bei vielen, die am östlich rosigen Himmel  
Gigantisch aufwärts wehn,  
Schallt bei erhabenem Flug zerrissener Ketten  
Entsetzliches Gedröhn.

Plötzlich (ein Traum) magnetisch angetrieben  
Von warmem Liebeshauch,  
Vergessend alle heldenhafte Kämpfe  
Und die Besiegten auch.

Umarmen sich und falten sich zusammen,  
Die Banner all' vereint;  
Von Hoffnung, Kraft, Erinnerung und Tränen,  
Ein Seelenband es scheint.

Hoch in den azurblauen Himmelsräumen,  
Wie Flammenglut empor,  
Weht nur noch eine einz'ge Drifflamme,  
Gleich einem Engelsflor.

Und zu ihr auf, von alten Trümmerhaufen,  
Von Eb'nen blutbetaut,  
Vom Schrecken der Jahrhunderte, die starben,  
Die Menschheit lächelnd schaut.

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.**

Nr. 7

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
Amunderstraße Nr. 23.

Bremen, den 16. Februar 1918

Einzelnummer 20 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

### Inhalt:

Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der französischen Revolution. Von Renate Brandt. (Fortf. folgt.)	Seite 41
Sie sind einander gleich. Von Kurt Classe	„ 42
Gegensätze. Von St. Worez. (Fortsetzung folgt.)	„ 44
Aus unserm politischen Tagebuch	„ 45
Feuilleton:	
Shakespeares Antonius und Kleopatra. Eine Alltags-tragödie. Von Renate Brandt	„ 46
Arbeitsgesetze in England im 14. Jahrhundert	„ 46

## Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der franz. Revolution.

Von Renate Brandt.

1.

Es ist oft gesagt worden, daß die französische Revolution von 1789 eine bürgerliche Revolution war, daß sie von der französischen Bourgeoisie durchgeführt wurde zum Zwecke der Niederringung der alten feudalistischen Gesellschaftsordnung und zur Herbeiführung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, die der Bourgeoisie die Möglichkeit geben sollten, alle ihre Kräfte frei zu entfalten und zu entwickeln. Ebenso oft aber hat man von den Kämpfen gehört und gelesen, die die französischen Arbeiter und Bauern während der Revolution geführt haben, also von Kämpfen eines außerhalb der bürgerlichen Klasse stehenden Teiles der Gesellschaft.

In welchem Verhältnis haben die Kämpfe der letzteren zu denen des Bürgertums gestanden, wie hat sich dieses den kämpfenden Arbeitern und Bauern, ihren Forderungen gegenüber verhalten? Und wie hat sich die Vertretung der Bourgeoisie diesen Kämpfen und den in ihnen aufgestellten Forderungen gegenüber benommen? Wir wollen diejenigen Vorgänge darstellen, die diese Fragen beantworten.

Wie jede revolutionäre Bewegung, so zwang auch die Revolution von 1789 die Vertreter der einzelnen sozialen Schichten schon binnen ganz kurzer Zeit ihr wahres Gesicht zu zeigen, ihr wahres Wesen erkennen zu lassen. Es sollten nach der Eröffnung der Reichsstände, die von der „revolutionären“ Bourgeoisie gefordert worden war, keine 2 Monate vergehen, und diese selbe Bourgeoisie wurde durch die Verhältnisse gezwungen, zum Schutz ihrer eigenen Interessen, das Klassenbewußtsein, das die Feindschaft gegen das Proletariat einbegeistert, in ihrem Handeln zu dem deutlichsten Ausdruck zu bringen. Am 5. Mai 1789 wurden die Reichsstände

eröffnet; der König gibt den in ihnen versammelten Vertretern auf das deutlichste ihre Pflichten, die ihre einzigen Rechte sind, zu erkennen: Bewilligung der Steuervorlagen, Bewilligung von Gesetzen zur Einschränkung der Pressefreiheit, Verbesserung der Gesetzgebung — zwecks größerer Sicherung der herrschenden Klassen, und schließlich entristete Zurückweisung jeder Neuerung.

Dieser Eröffnung der „Volksvertretung“ folgen die Diskussionen zwischen Adel und Geistlichkeit einerseits, dem dritten Stande andererseits, über die Frage, ob die Abstimmung nach Ständen oder nach Köpfen vorgenommen werden solle. Man kommt zu keiner Einigung und so trennt man sich. Nach ebenfalls abgefordert vorgenommener Wahlprüfung konstituiert sich der dritte Stand als Nationalversammlung. Der Hof plant die Auflösung dieser Versammlung, die endgiltige Trennung der Stände. Der Ständesaal, in dem die Versammlung tagt, wird militärisch geschlossen. Die Abgeordneten trotz dem Befehl des Hofes. Sie begeben sich nach dem Ballhaus und schrien dort, nicht eher auseinanderzugehen, ehe sie dem Volk die ersehnte Verfassung gegeben haben.

Die Bourgeoisie hat den Kampf um die bürgerliche Freiheit begonnen. Am 23. Juni erscheint der König in der Versammlung im Ballhaus. Er droht mit ihrer Auflösung — er befiehlt den Abgeordneten auseinanderzugehen. Der König geht — der dritte Stand bleibt. Er hat seinen ersten Sieg errungen. Teile der Geistlichkeit schließen sich ihm an — es folgt der Adel. Kurz darauf ist die Beratung eine allgemeine. Die Reichsstände sind wesentliche Schatten. Der Hof aber plant weiter die gewalttätige Auflösung der Volksvertretung. Immer neue Truppen werden nach Versailles und Paris gezogen. Der Ständesaal wird militärisch bewacht. In Paris wächst die Erregung. Man hält dort die Entlassung Neckers am 11. Juli für den ersten Schritt des Hofes zur Ausführung seiner Pläne. In diesen Tagen beginnt sich aus den Kämpfen, die die Arbeiter von Paris selbst führen, der Gegensatz zu klären, der in Wahrheit zwischen ihnen und den „Vertretern“ in der Nationalversammlung, die gar nicht ihre Vertreter sind, zu klären. Die ersten revolutionären Handlungen legen den antirevolutionären Charakter der Bourgeois-Volksvertreter bloß. Am 12. Juli erfährt Paris von der Verbannung Neckers. Camille Desmoulins ruft zu den Waffen. Ein Demonstrationzug zu Ehren Neckers bewegt sich durch die Stadt. Dragoner greifen die Massen an. Zwei Menschen werden verwundet. Die Menge flieht — die Dragoner, ihr fürchterlicher Führer an ihrer Spitze — folgen ihr mit gezogenem

Säbel und hauen blind in die waffenlose Menge. An diesem Tage geht nur ein Schrei der Empörung durch Paris. Zu den Waffen! Am Abend zieht eine Menge vor das Stadthaus. Sie fordert die Einberufung der Distrikte, die Bewaffnung der Bürger. Die Arbeiter von Paris beginnen den Kampf. Sie beginnen ihn mit den Forderungen, die stets zu den ersten einer revolutionären Bewegung gehören müssen.

Wie wirkt die Nachricht von diesen Vorgängen auf die Nationalversammlung? Was tun die Vertreter des dritten Standes, um die Volksbewegung in Paris zu stützen, zu kräftigen, sie in die Provinzen weiterzutragen?

Am Morgen des 13., ehe noch die Versammlung die Nachricht von den letzten Ereignissen in Paris erhalten hat, beschäftigt man sich mit der Frage, was zu tun sei, um Zusammenstöße zwischen den vom Hof zusammengezogenen Truppen und den erregten Volksmassen zu verhindern. Man zerbricht sich den Kopf, um Mittel und Wege zur Vermeidung des Kampfes zu finden. Und nach langen Beratungen entdeckt man endlich das Allheilmittel: eine Adresse an den König, mit der flehentlichen Bitte, die Truppen zurückzuziehen.

Seltam! Schon in diesem Augenblick herrscht die größte Einigkeit in der Versammlung. Alle Feindschaft zwischen dem Bürgertum und den beiden anderen Ständen ist vergessen. Wenn Mignet in seiner Geschichte der französischen Revolution die Erklärung dafür, daß „selbst der Adel“ mit den Gliedern des dritten Standes gemeinschaftliche Sache machte, darin sucht, daß er die „Gefahr“ vielleicht für eine gemeinschaftliche ansah, so trifft er mit dieser Vermutung sicher das Richtige.

Die Nationalversammlung war einig und „die Uebereinstimmung ward noch weit einhelliger“ nach Mignet, als die Versammlung die Nachricht von den Unruhen in der Hauptstadt erhielt, von dem Vorgehen der Arbeiter, die die Zollläden niederbrannten, die Vorräte in den Häusern der Reichen beschlagnahmten, die Vorübergehenden auf den Straßen anhielten und Waffen und Geld von ihnen forderten. „Die Erinnerung an unsere augenblicklichen Spaltungen sind erloschen! Vereinigen wir unsere Kräfte zum Heil des Vaterlandes!“

Adel, Geistlichkeit und dritter Stand — sie alle zitterten um das Eigentum. Und wieder greifen sie zu dem Allheilmittel: sie senden eine Deputation an den König, eine Adresse genügt unter solchen Umständen nicht, eine Deputation von 80 Mann. — Wie konnten sie ihre Rettung wo anders als bei dem König suchen! Aber die 80 kehrten unerrichteter Sache zurück. Der König hatte nicht einmal versprochen die Truppen zurückzuziehen, die geforderte Bürgermiliz zum Schutz der Stadt, des bürgerlichen Eigentums zu bilden. Da greift das Bürgertum zur Selbsthilfe. Die Versammlung erklärt sich in Permanenz: sie bestimmt die Verantwortlichkeit der Minister und Ratgeber des Königs. Es galt die Maßnahmen zur Unterdrückung der proletarischen Aktionen zu treffen, da gab es kein Zaudern. Am 13. erscheint eine Verordnung gegen die Zusammenrottungen, die jedoch ohne jeden Erfolg bleibt. Die Bewegung der Volksmassen ist nicht mehr aufzuhalten. Vor dem Stadthause, auf allen Plätzen sammeln sich Scharen von Menschen an, jeder Bezirk wählt 200 Mann zu seiner Verteidigung. Eines jedoch fehlt dem Volke: Waffen. Und es sucht

überall nach ihnen — bei den Gewehrhandlern und bei den Waffenschmieden. Es fordert Waffen auf dem Stadthause. Die Wähler, die sich dort aufhalten, erklären keine zu haben.

Aber das Volk giebt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Der Vorsteher der Kommune, Herr von Flesselles, muß selbst mit der Menge unterhandeln. Und Herr von Flesselles ist ein Anhänger seiner Klasse und der Vertreter des Bürgertums. Er weiß welche Gefahr für seine Klasse die Waffe in der Hand des Arbeiters bedeutet. Er tut alles, was in seinen Kräften steht, um die Bewaffnung des Volkes von Paris zu hintertreiben. Natürlich — er durfte es in jenem Augenblick nicht wagen der Menge zu erklären: ihr bekommt keine Waffen! — Solche Worte hätten ihm das Leben gekostet. Nicht als ob Herr von Flesselles nicht auch sein Leben für die Sache des Bürgertums hingegeben hätte! Aber es galt mehr, es galt, es hinzuziehen, um dem Bürgertum Zeit gewinnen zu lassen zur Organisierung der Verteidigung gegen das Proletariat. Es galt Zeit zu gewinnen bis zu der Ankunft neuer Truppen.

Herr von Flesselles wußte sich zu helfen. „Meine Freunde, ich bin euer Vater, ihr sollt zufrieden sein“, mit diesen Worten trat er unter die Menge vor dem Stadthause. Bis 1 Uhr mittags wußte er das Volk hinzuziehen — da kündigte er die baldige Ankunft von 12 000 Gewehren an, denen bald weitere 30 000 folgen sollten. Und das Volk glaubte es! Die Bourgeoisie gewann wieder Zeit, um an der Errichtung einer Bürgermiliz zu arbeiten. Die Pariser Bürgergarde sollte von 12 000 Mann auf 48 000 erhöht werden. Und der Ausschuß, der diese Miliz errichtete, traf alle ordentlichen Maßnahmen, um zu verhindern, daß proletarische Elemente in die Reihen der Miliz eindringen könnten. Die Männer, die diese Miliz bilden sollten, wurden auf das sorgfältigste ausgewählt, nur Bekannte und Waffenfähige wurden aufgenommen, und wer das Abzeichen der Miliz trug, ohne ihr anzugehören, wurde auf das Strengste bestraft.

Während so die Bourgeoisie eifrig an der Arbeit war, um die Unterdrückung und Entwaffnung der Arbeitererschaft durchzuführen, erwartete diese voller Ungeduld die Ankunft der versprochenen Waffen. Gegen endlich kommen Kisten mit der Aufschrift „Artillerie“ an. Man öffnet sie und findet — Holz und alte Leinwand. Das war bitterer Hohn. Aber Herr von Flesselles versucht sich zu entschuldigen. Er sei selbst betrogen worden. Man solle sich bei den Kartäusern Waffen holen. Aber auch dort fand man nichts. So beginnt das Volk in der Nacht sich selbst Waffen zu schmieden. Am nächsten Morgen verlangt die Menge abermals Waffen von dem Stadtausschuss. Aber wieder erhält es abschlägige Antwort. Der Ausschuss hat keine Waffen! und weiß auch nicht, wo welche zu finden sind. Das Volk aber sucht nun selbst — und findet — 80 000 Gewehre im Stadthause. Aber der Stadtausschuss wußte nicht, wo Waffen sind, wußte natürlich auch nichts von diesem kleinen Vorrat an Gewehren! (Fortsetzung folgt.)

**Sie sind einander gleich.**

Von Kurt Classe.

Wirft man einen Blick in die Presse der Unab-

hängigen, so fällt ins Auge, daß ihre Wortführer sich eifrig bemühen die zwischen ihnen und dem Abhängigen bestehenden Gegensätze möglichst scharf herauszuarbeiten. Ein jeder, der nichts verschleiern, sondern Klarheit schaffen will, wird die Betonung des Gegensatzes und des Prinzips begrüßen. Anders ist es, wenn politische Parteien oder Interessenverbände zum Zwecke der Agitation Gegensätze konstruieren oder an den Haaren herbeiziehen. Namentlich dann, wenn die praktische Tätigkeit der sich gegenüberstehenden Gemeinschaften all zu große Unterschiede nicht aufweist, wird oft zu solchen Mitteln gegriffen. Persönliche Verunglimpfungen, Verdrehungen und Entstellungen gehören dann meist zu den gebräuchlichsten Kampfmitteln. In der Geschichte der politischen Parteien und der Gewerkschaften findet man dafür Beispiele genug.

Die Hirsch-Dunkerschen und die Zentralgewerkschaften zum Beispiel trennte viele Jahre lang in der Praxis nichts. Sobald es sich jedoch darum handelte Mitglieder für die eigene Organisation zu gewinnen, so befaßen sich die Agitatoren der Zentralgewerkschaften auf ihre längst abgedankte Theorie. Flugs erinnerten sie sich an Margens Theorie über den Mehrwert und kehrten Gegensätze hervor, die wohl früher, während der Gründungszeit der Gewerkschaften eine Rolle gespielt hatten, die aber jetzt längst nicht mehr bestanden.

Ein ähnlicher Frosch-Mäusekrieg hat sich heute zwischen den Abhängigen und Unabhängigen entwickelt. Im „Mitteilungsblatt“ der Unabhängigen wechseln persönliche Verunglimpfungen und gewaltsam konstruierte Gegensätze miteinander ab. Zuweilen wirken die Aufsätze der Unabhängigen wie eine Satire auf die eigene Bewegung. Vergessen doch die Artikelschreiber in der Hitze des Gefechts oft ihre eigene Vergangenheit.

So ist heute zum Beispiel für sie die Kriegskreditverweigerung eine Selbstverständlichkeit. In ihren Episteln über die Abhängigen lesen wir immer wieder, daß diese Verräter am Sozialismus geworden, aus bloßem Eigennutz, aus purem Organisationsinteresse. Dann schlagen sie an ihre Brust und rufen: seht, unser Ehrendchild ist blank.

Aber haben nicht die parlamentarischen Vertreter der Abhängigen — mit einziger Ausnahme von Ruwert — ein über das andere Mal die Kredite bewilligt? Haben nicht die Hoffmann und Ledebour in Zimmerwald mit allen Mitteln die Resolution der Linken bekämpft, die die Abgeordneten verpflichten wollte, von nun ab die Kriegskredite zu verweigern? Und stehen die Abhängigen nicht heute noch auf den Boden der Vaterlandsverteidigung? Wie haben sie sich benommen gegenüber denen, die den Austritt aus der alten sozialdemokratischen Partei proklamierten? Gebrauchten sie damals den „Disziplinbrechern“ gegenüber nicht dieselben Argumente, mit denen die Abhängigen operierten?

Von alledem wird heute natürlich in der Presse der Unabhängigen nichts gesagt. Denn da würde sich ja immer wieder zeigen, daß wirklich große Gegensätze zwischen ihnen und den Abhängigen gar nicht vorhanden sind, daß all ihre Entrüstung nur Pose ist, ihr Radikalismus nur ein neuer Mantel, den sie sich umhängt haben. So vergessen denn ihre Anhänger schließlich, daß

die Führer diesen neuen Mantel sich erst später zugelegt haben.

Neuerdings hat nun die Jugendfrage die Unabhängigen in arge Verlegenheit gebracht. Die Unabhängigen, sowohl auch die Abhängigen, betrachten die Jugendbewegung als ein Sammelbecken, daß ihnen Mitglieder für die Organisation liefern soll. Sie wollen die Jugend sammeln und belehren, um sie mit dem 18. Lebensjahre als Mitglieder in ihre Partei aufzunehmen. Sie wollen nicht Jugendbewegung schlechthin, sondern Jugendpflege zum Zweck, Mitglieder zu gewinnen. Dieses Prinzip bestimmt nun auch ihr ganzes Jugendprogramm. Es ist orientiert von der Interessenpolitik für die Organisation, und indem sie von dieser Voraussetzung ausgehen, mangelt es ihnen an Objektivität bei der Beurteilung des ganzen Jugendproblems.

Während sich nun die Abhängigen ganz offen zur Jugendpflege bekennen, tun es die Unabhängigen versteckt. Sie wollen die Jugend geistig beeinflussen und in das Prokrustusbett ihrer Parteianschauung hineinziehen. Um es frei herauszusagen: Käme es den Unabhängigen darauf an, uneigennützig die sozialistische Jugendbewegung zu fördern, so müßten sie vor allem die Selbständigkeit der Jugend anerkennen. Dann würden sie sich in diesem Punkt grundsätzlich von den Mehrheitssozialisten unterscheiden. Das jedoch haben sie bisher nicht getan. Vielmehr versuchen sie jede Selbständigkeit zu unterdrücken. Ein Blick auf die Entstehung der proletarischen Jugendbewegung während der Kriegszeit zeigt dies mit zwingender Deutlichkeit.

Schon lange vor Ausbruch des Krieges litt die sozialistische Jugendbewegung unter der Bevormundung durch die Erwachsenen in den Jugendausschüssen. Wie groß der Einfluß der Erwachsenen war, hat Alfred Neubaum in seiner Broschüre „Zur Jugendfrage“\* zahlenmäßig nachgewiesen.

Als bei Ausbruch des Krieges die Schulz-Ebert-Zentrale und die „Arbeiter-Jugend“ das Gegenteil von dem lehrten und von der Jugend verlangten, was man ihr bisher gepredigt hatte, kam es zum Bruch. Die fortgeschrittenen Elemente scharten die Jugend um sich und gründeten selbständige Vereine.

Was aber taten die Unabhängigen? Anstatt die Jugend in diesem Kampfe gegen die sozialdemokratischen Patrioten zu unterstützen, rollten sie der Jugend überall Steine in den Weg. Als die Berliner Verbands-Generalversammlung die Spaltung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Anhängern der Arbeitsgemeinschaft gebracht hatte, fanden Verhandlungen zwischen dem Berliner Zentralvorstand und Vertretern der Jugend statt. Die Vertreter der Jugendvereine stellten folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß das bisherige System der Jugendpflege sich auch nicht als wirkliche proletarische Jugendbewegung bewährt hat: In weiterer Erwägung, daß das Organ, die „Arbeiter-Jugend“, jeglichen Einfluß der Jugend unmöglich macht, da es das Organ einer eingesezten Parteilinstanz ist, möge der Zentralvorstand die von der Jugend selbst ins Leben gerufenen Jugendbildungsvereine als die Bewegung der proletarischen Jugend anerkennen, und um mit derselben in ständiger Fühlung zu bleiben, einigen Vertretern aus dem Jugendzentralvorstand im Zentralvorstand Sitz und Stimme einzuräumen. Er möge weiter beschließen, daß die Jugend selbst darüber entscheiden soll, welches Organ sie das ihre nennen will.“

\* Bremen, Schmalfeldt u. Co.

Darauf gab der Berliner Zentralvorstand eine Antwort, die ein helles Licht wirft auf den Geist, der seine Mitglieder beherrscht. Man scheute sich nicht an den Jugendbildungsverein mit der Zumutung heranzutreten, er solle sich der „Zentralstelle der Arbeitenden Jugend“ unterwerfen und die „Arbeiter-Jugend“ lesen. Die Arbeitsgemeinschaftsleute glaubten damals wohl, daß es ihnen gelingen würde, die Zeitung „Arbeiter-Jugend“ auf ihre Seite zu bringen. Deshalb wollten sie das Abonnementssystem aufrecht erhalten und forderten die Auflösung der selbständigen Bildungsvereine.

Wie sehr den jetzigen Unabhängigen die Unabhängigkeit der Jugend zuwider war, zeigt folgender Vorfall: Aus finanziellen Gründen wurde in Berlin dem Jugendsekretär gekündigt. Es wurde beschlossen das Sekretariat offen zu halten und die Arbeit ehrenamtlich drei Jugendgenossen, Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“, zu übergeben. Die Jugendbildungsvereine wurden vollständig ausgegliedert.

Erst als in Berlin die Mitglieder der „Bereinigung Arbeiterjugend“ den Unabhängigen davonzulaufen begannen und diese einsehen mußten, daß die Jugendbildungsvereine lebensfähig sind, entschlossen sich die Unabhängigen die Jugendausschüsse zu reformieren. Indessen ist auch die Reform nun in einigen Berliner Kreisen durchgeführt.

Aus den wenigen hier angeführten Tatsachen ergibt sich zunächst, daß sich die Unabhängigen bei der Behandlung des Jugendproblems von egoistischen Organisationsinteressen leiten ließen, daß ihnen an der Förderung einer unabhängigen sozialdemokratischen Jugend nichts gelegen ist. Darin sind sich die Abhängigen und Unabhängigen gleich.

Nun sagen die Wortführer der Unabhängigen freilich, daß ein anderer Gegensatz zwischen ihnen und den Mehrheitssozialisten vorhanden sei. Sie sagen, sie wollen der Jugend den wahren Sozialismus lehren. Wir nehmen natürlich an, die das sagen, wollen dies auch und sind voll und ganz davon überzeugt, daß sie es können. Bei näherem Zusehen jedoch stellt sich heraus, daß auch dieser Einwand ein Scheinargument ist. Es hat sich nämlich gezeigt, daß eine pädagogische Arbeiterjugendbewegung nicht möglich ist. Sie scheitert daran, daß nicht genug Pädagogen vorhanden sind. Und wer will schließlich die Garantie übernehmen, daß die Jugendausschüsse der Unabhängigen nicht wie bisher, meist aus Kleinigkeitskrämern und engherzigen Pedanten zusammengesetzt sind? Mit der bloßen selbständigen Erledigung ihrer organisatorischen Angelegenheiten ist der Jugend nicht geholfen. Darin gerade unterscheidet sich die neue Jugend von der alten: Ihre Organisation soll keine Lernschule sein. Sie schreitet auf schnurgeradem Wege von Abhängigkeit und Stagnation zur Aktivität und Selbständigkeit. Deshalb wird die sozialistische Jugend den Unabhängigen kein größeres Vertrauen entgegenbringen als den Regierungssozialisten, solange diese nicht klar und unzweideutig erklären, daß sie an Stelle der Reform der Jugendausschüsse deren Beseitigung wollen.

Schließlich aber sind sich die Unabhängigen und die Regierungssozialisten noch in einem anderen Punkte gleich. Nämlich in ihren polemischen Manieren.

Nur ein Beispiel.

In Nummer 41 des „Berliner Mitteilungsblattes“ der Unabhängigen befindet sich ein „Rückblick und Ausblick“ überschriebener Jugendartikel, in dem über die Jugendbildungsvereine folgendes gesagt wird:

„Und weiter muß festgestellt werden, daß die dritte Richtung der proletarischen Jugendbewegung, die unter dem Namen Jugendbildungsverein sich von aller Bevormundung durch die Erwachsenen frei machen und in Sturm und Drang selbständig die letzten Ziele des Sozialismus verwirklichen wollte, nicht viel mehr als eine kleine Sekte geblieben ist. Sie hat trotz aller schönen Begeisterung und jugendlichen Ueberschwanges größere Massen der proletarischen Jugend nicht mit sich reißen können, ja sie pfeift zum Teil sogar in einer ungläublichen Verkennung proletarischer Kampfesnotwendigkeiten auf jede Massenwirkung und will in einer Art geistigen Hochmuts eine intellektuelle Elite sein. Wobei diese Selbständigkeitsfanatiker mehr unter dem Einfluß gewisser Erwachsener, die von Wesen und Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung schief und einseitige Vorstellungen haben, stehen, als sie selbst ahnen.“

Daß es gerade ein unabhängiger Sozialdemokrat ist, der die nach Unabhängigkeit strebende Jugend mit dem Ausdruck „Selbständigkeitsfanatiker“ belegt, mag auch bei manchem, der der freien Jugend fern steht, Heiterkeit auslösen. Und trotz alles „geistigen Hochmuts“ hat sich die freie Jugend gesunden Humor bewahrt, daß sie es nicht allzu tragisch nehmen wird, wenn sie von dem Artikelschreiber des „Mitteilungsblattes“ erfährt, daß sie nur eine kleine Sekte geblieben ist. Sie wird sich daran erinnern, daß auch dieses Wort dem Schimpf-lexikon der Abhängigen entlehnt ist und damit trösten, daß sie trotz erschwelter Werbetätigkeit während der Kriegszeit die größere Masse der Jugend hinter sich hat.

Zum mindesten ein grob-sahrlässige Entstellung aber ist es, wenn in dem Artikel behauptet wird, die Jugendbildungsvereine pfeifen in einer ungläubigen Verkennung proletarischer Kampfesnotwendigkeiten auf jede Massenwirkung. Ein Blick in das „Mitteilungsblatt“ für die sozialistische Jugend und in die „Leitfäden“ hätten den Verfasser des Artikels über die Stellung der Jugendbildungsvereine zu dieser Frage unterrichten können. Und schließlich müßte der Verfasser auch wissen, wie sehr gerade die entschiedene Stellung der Mitglieder der Jugendbildungsvereine zu dieser Frage den Widerspruch seiner Freunde herausgefordert hat. Gerade sie erklären dann immer, die Entscheidung über diese Fragen gehe über den Kompetenzbereich der Jugend hinaus. Und das sagt der Mehrheitssozialist Herr Kranold auch. Wir meinen, im Interesse der Sache wäre es besser gewesen, wenn der Verfasser des Artikels „Rückblick und Ausblick“ seine „schiefe und einseitige Vorstellung“ von dem Wesen der sozialistischen Jugend und den Aufgaben, die sie sich gestellt hat, revidiert hätte, bevor er die Polemik gegen sie begann.

Ziehen wir nun aus all den Tatsachen den Schluß, so ergibt sich, daß zwischen den Jugendvereinen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei eine unüberbrückbare Kluft besteht und daß auf diejenigen, die diesen Gegensatz nicht sehen und sich durch ein Blendwerk schöner Worte täuschen lassen, das Wort zutrifft: nichts gelernt und nichts vergessen!

### Gegensätze.

Von St. Worey.

2.

„Wir schaffen die Gegensätze nicht aus der Welt, indem wir sie verdecken, sondern indem wir uns mit ihnen

auseinandersetzen“, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ kürzlich in einem ihrer zahlreichen Artikel gegen die Alldeutschen, und sie fügte hinzu: „Wir glauben nicht daran, daß sich die beiden Standpunkte durch ein Kompromiß vereinigen lassen.“ Zwar vermeidet das führende Freisinnblatt jede Andeutung darüber, daß es den Willen hat, die Gegensätze auch wirklich auszutragen, wodurch sie nach unserer Auffassung allein aus der Welt geschafft werden können; dennoch gewinnt man aus diesen Worten zunächst den Eindruck, als ob es sich um Gegensätze grundsätzlich tiefer Art handele, und dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die Polemik des Blattes gegen die alldeutsche Presse, namentlich gegen die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“, die an Schärfe des Tones gewiß nichts zu wünschen übrig läßt, näher verfolgt.

Nichts geringeres wirft das große, in aller Welt gelesene Frankfurter Organ des deutschen Freisinns den Alldeutschen vor, als daß sie zum Kriege getrieben hätten, während sie jetzt alles daran setzten, die Verhandlungen von Brest-Litowsk zum Scheitern zu bringen. Dieser Vorwurf wird von einem der besten Informatoren des Blattes, Herrn Stein, erhoben, der außerdem seine unverholene Freude darüber zum Ausdruck bringt, daß der mit „dem Gelde der Schwerindustrie in Bewegung gesetzte Telegraph“ doch wohl vergebens tätig gewesen ist. Es ist immer so: wenn zwei in Streit geraten, werden ihre Sünden offenbar, und so wäre es sehr interessant, was an der Schuld am Kriege auf das Konto der Alldeutschen zu legen ist. Es ist, nach der „Frankfurter Zeitung“, zunächst die Flottenpolitik des Herrn v. Tirpitz gewesen. „Jedenfalls haben wir hier die Wirkung, die die Flottenpolitik des Herrn v. Tirpitz auf die Beziehungen zum Auslande haben mußte, richtig beurteilt.“

Und weiter erfährt man: „Die Auffassung, daß England unter allen Umständen und um jeden Preis eine kriegerische Auseinandersetzung gesucht habe, ist eine Konstruktion, die sich die Alldeutschen zurecht gemacht haben. Im übrigen konnten sie allerdings den stärkeren Glauben an den Weltkrieg haben, weil sie ihn ja herbeigeführt haben! In der ersten Kriegsnummer der „Alldeutschen Blätter“, des damaligen Hauptorgans der Alldeutschen, war geschrieben und zu lesen: „Die Stunde haben wir ersehnt . . . nun ist sie da, die heilige Stunde . . .“ Frivoler kann man es nicht sagen, daß man den Krieg gewünscht habe, und es nicht schwer, etwas vorherzusehen, wenn man selber dahin strebt. Seder-mann, der seine Augen nicht verschließt, muß wissen, daß Deutschland bis auf eine kleine Gruppe den Krieg nicht gewollt hat, aber was diese Gruppe, eben die Alldeutschen, beitragen konnte, daß er komme, daß hat sie getan.“ („Frankfurter Zeitung“ vom 15. Januar 1918. „Die Alldeutschen und wir.“) Das sind in der Tat schwere Vorwürfe.

Sehen wir nun zu, wie sich die Gegensätze zwischen den Verständigungspolitikern und den Alldeutschen äußern. Wir erkannten schon den Kriegswillen hier und den Friedenswillen dort. Aber nicht nur in den Preßpolemiken spiegeln sich die Gegensätze ab. Sie spielen in alle Äußerungen des politischen Lebens hinein.

Die Alldeutschen haben in der preußischen Wahl-

rechtsfrage gesiegt, und resigniert bekennt die tapfere „Frankfurter Zeitung“: „Die Konservativen . . . wollen die feste Verkopplung der Wahlrechtsreform mit der Umgestaltung des Herrenhauses und den Budgetvorlagen und finden damit die Zustimmung des Teiles der Nationalliberalen, dem eine möglichste „Unschädlichmachung“ des gleichen Wahlrechts für die Volkskammer durch Erweiterung der Nachbefugnisse des Herrenhauses am Herzen liegt. Wir bedauern, daß die Regierung auf diese Verkopplung so leicht eingeht und die Einigung über alle drei Vorlagen zur Vorausetzung ihrer Zustimmung macht. Damit wird doch nur der Verschleppungstendenz der Reformgegner der Weg gebnet.“

Und auch dieser Sieg ist ein Stück des Gegensatzes zwischen den Gewaltpolitikern und den Verständigungspolitikern. Denn die Verständigungspolitik glauben, den Westmächten ein demokratisches und parlamentarisches Deutschland zu Friedensverhandlungen präsentieren zu müssen, und sie hoffen die Lloyd George und Wilson, diese ausgekochten Demagogen, alsdann geneigter zu finden. Sie irren sich: die Herren von jenseits der Vogesen und des Ozeans wissen selbst zu genau, was es mit der Demokratie im Imperialismus auf sich hat, sie wissen, daß man Republiken und parlamentarisch regierte Länder haben und sich doch in den Blutorgien des Imperialismus wälzen kann.

Vor der wirklichen Demokratie aber graut ihnen ebenso sehr, wie sie frohgemut mit dem Gedanken der Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands spielen. Denn sie glauben nicht an die deutsche Revolution, das brauchte Julian Borchardt ihnen nicht erst zu sagen, und sie wollen sie auch nicht. Wenn sie sie wirklich wollten, so würden sie jetzt, und nach der Beilegung des Konflikts, mit einem ernsthaften Friedensangebot an Deutschland herantreten, mit einem revolutionären Programm, wie die Russen. Aber das können sie nicht. Das könnten allein die Arbeitermassen der Westmächte, nachdem sie dem imperialistischen System ihrer Länder den Todesstoß verjagt hätten. Die Russen, ja die wollen die deutsche Revolution, sie sagen es frei und offen, und ihre Haltung ist danach.

Wir haben gesehen, daß die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie nicht grundsätzlicher Art sind. Trotzdem darf man sie nicht unterschätzen. Gerade jetzt können sie von Bedeutung werden. Wir wollen sehen, wie.

### Aus unserm politischen Tagebuch.

14. Februar.

Der „Vorwärts“ unter der Anklage des Landesverrats. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Erich Ruttner, ist wegen versuchten Landesverrats unter Anklage gestellt worden. Der Landesverrat soll versucht worden sein in dem Leitartikel der Nummer vom 29. Januar, „Die Forderungen der Arbeiter“. Der Angeklagte hatte Dienstag vor acht Tagen von der Erhebung der Anklage durch die Vorladung zu dem Termin Kenntnis erhalten. Die Verhandlung war kurz. Die Sache verfiel der Verurteilung. Dem Gerichte hatte sich Stampfer als Verfasser gemeldet. Das hat wohl die Grundlagen der Anklage geändert. Die Verhandlung wurde auf Dienstag, den 12. Februar, vertagt. Diese Verhandlung wurde aber wieder vertagt, um Ermittlungen anzustellen.

## Feuilleton

### Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagstragödie von Renate Brandt.

Die starke ägyptische Tessel muß ich brechen, sonst geh' ich in Lieb' unter.

Antonius. 1. Aufzug. 1. Szene.

Es ist in den Worten des Antonius, die ich diesen Zeilen voraussetze, der Kern des Konfliktes angedeutet, der den wesentlichen Inhalt dieses Shakespearschen Schauspiels bildet. Sie zeigen, daß Antonius erkennt: es gilt für ihn sich zu entscheiden, ob er seine Liebe, oder die Erfüllung seiner politischen Aufgaben zur Hauptache seines Lebens machen will.

Ein unlöslicher Widerspruch liegt zwischen seinem Verhältnis zu Kleopatra einerseits, seinen Aufgaben als Feldherr und Politiker andererseits: beide verlangen den ganzen Menschen. Dieser Widerspruch richtet ihn schließlich zu Grunde. Antonius will sich zwischen beiden Teilen entscheiden, er schwankt in entscheidender Stunde, will eines tun, das andere nicht lassen und geht so unter.

Wenn man den historischen Hintergrund abseht, den Shakespeare diesen Vorgängen gibt, wenn man vergißt, in welchem hohen Range beide Helden dieses Schauspiels stehen; wenn man den Konflikt nur in seinen wesentlichen Zügen betrachtet, so wird man erkennen, daß er, in kleineren Massen, unter engerem Horizont, sich viel tausendmal aus dem Alltagsleben ergibt.

Antonius ist in Alexandria, in Kleopatras Palast. Ein Bote tritt auf. Aber Antonius Sinne und Geist sind erfüllt von der Geliebten, sie begrenzen seinen Horizont auf sie und das, was sie persönlich angeht; sie stumpfen sein Interesse für die Vorgänge der Welt ab. Der Bote ist ihm lästig. „Mach's kurz“, gebietet er. Doch Kleopatra fordert, er möge ihn hören. Denn so höhnte sie, vielleicht rufen Fulvia, vielleicht Cäsar dich zurück. Und du mußt ihrem Zorn folgen. So reizt sie Antonius Stolz, um von vorn herein zu verhindern, daß er einem ehrgeizigen Ruf in die Heimat folgt. Und sie rechnet richtig. Einzig der Wille, sie, ihre Liebe sich zu erhalten, beherrscht Antonius in diesem Augenblick. Und alles andere sinkt vor diesem Willen in Vergessenheit und Staub. „Schmilz in die Tiber, Rom! Der weite Bogen des festen Reichs, zerbrich! Hier ist die Welt, Throne sind Staub —“

Antonius geht mit Kleopatra fort und läßt den Boten ungehört zurück.

Eine andere Szene. Wieder Antonius mit einem Boten, doch dies mal fehlt Kleopatra. Der Bote berichtet über die Vorgänge in Italien: Fulvia bekriegt Antonius' Bruder Lucius. Beide einen sich gegen Octavius Cäsar und werden von ihm besiegt. Und schlimmer noch: Labienus hat Arien erobert, Syrien, Lydien und Ionien gehören ihm. Antonius steht bei dieser Botschaft klar seine eigene Schuld vor Augen. Er weiß: seine Anwesenheit in Italien hätte dies alles verhindern können.

Ein zweiter Bote meldet ihm den Tod der Fulvia. Und ihr Tod, den er vielleicht so manches Mal in Stunden der Freude und Lust bei Kleopatra erwünschte, ist ihm nun schmerzlich. So bestärkt ihm auch diese Nachricht in der Erkenntnis der Notwendigkeit, sich von der ägyptischen Königin zu lösen, in dieser Stunde sieht er alles Unheil vor sich, das ihm sein Müßiggang in ihrem Freuden-

haus bringen kann und muß. In dieser Stunde reißt in ihm der Entschluß, Ägypten zu verlassen. Antonius kehrt nach Rom zurück.

Doch ehe er sich wirklich auf dem Heimweg begibt, muß er Kleopatra seinen Entschluß mitteilen, muß er von ihr Abschied nehmen. Sie, die schnell aus seiner Miene seine Pläne liest, sucht ihn zu halten, indem sie sein Gehen zur Flucht stempelt, zur Untreue, zum Verrat an ihr. Antonius schildert ihr die Situation in Italien, stellt ihr vor, wie dringend sie seine Anwesenheit in der Heimat erheischt und meldet ihr schließlich Fulvias Tod. Kleopatra, scheinbar sich von ihm abwendend, bietet alles auf, um seine Besorgnis, seine Bärtlichkeit zu erwecken, so ihm das Gehen zu erschweren, es ihm unmöglich zu machen. Erst als sie sieht, daß er fest bleibt, wünscht sie ihm Sieg und Gelingen.

So geht Antonius, aber sein Gehen bedeutet kein entgeltliches Loslösen von der Geliebten, keine entgeltliche Befreiung von ihr. (Fortsetzung folgt.)

### Arbeitsgesetze in England im 14. Jahrhundert.

Von Renate Brandt.

Die Arbeitsgesetze, die in der Zeit von 1349 und in den folgenden Jahren in England erlassen wurden, sind für die Geschichte der Arbeiterbewegung von hohem Interesse. In dieser Zeit suchten die freien Landarbeiter sich den Umständen, daß durch die von der Pest hervorgerufene Entvölkerung großer Mangel an Arbeitskräften herrschte, zu Hilfe zu machen, um ihre eigenen Lebensbedingungen zu steigern. Sofort antwortete die Regierung auf diese Veruche mit Gesetzen, die diesen Widerstand brechen sollten. Die Verwertung der Freiheit in der Benutzung des günstigen Augenblicks wird den Arbeitern geradezu verboten; solche Verwertungen waren auch damals schon das Privilegium der Herrschenden.

Das Gesetz bestimmt, daß die Löhne wohl höher als vor der Pest sein durften — aber die Lebensmittelpreise waren durch die wirtschaftlichen Folgen der Seuche gestiegen. Es bestimmt, daß die Arbeiter jeden ihnen angebotenen Dienst annehmen müssen — es vergift auch, das die freien Arbeiter das Recht der Freizügigkeit haben und festsetzt sie für die Zeit der Ernte an ihre Wohnsitze. Die Zuwiderhandelnden werden mit Gefängnis bestraft. Kleine Handwerker, Lehrlinge und Knechte dürfen, soweit sie in ihrem Gewerbe entbehrlieh sind, während des Sommers zwangsweise zur Landarbeit überwiesen werden. Alle, die bis zu ihrem 12. Lebensjahre in der Landwirtschaft tätig waren, müssen Zeit ihres Lebens Landarbeiter bleiben. Händler, Leute mit kleinem Grundbesitz und Diener bei den Behörden dürfen, wenn sie bei diesen als überflüssig erscheinen, zwangsweise nach Bedürfnis anderswo angestellt werden.

Alle diese Gesetze bedeuten die mit allen Mitteln arbeitende zwangsweise Zuführung in die Landwirtschaft, die rücksichtslose Auslieferung der arbeitenden Klassen an die schrankenlose Willkür der Großgrundbesitzer.

England war in jenen Zeiten ein Agrarland, es beruhte in seiner ganzen wirtschaftlichen Existenz auf der Landwirtschaft. So war nichts natürlicher, als daß die Masse der arbeitenden Bevölkerung damals zur Arbeit um jeden Preis für die großen Grundherren herangezogen wurde. Das England des 14. Jahrhunderts kannte ja noch keine imperialistische Bourgeoise, deren Ausbeutungslust und deren Habgier die Regierung die englischen Arbeiter hätte ausliefern können.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

# Arbeiterpolitik

3. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 8

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 23. Februar 1918

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

#### Inhalt:

Der Parlamentarismus in Rußland . . . . .	Seite 47
Gegensätze. Von St. Woreg. (Schluß folgt) . . . . .	„ 49
Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der französischen Revolution. Von Renate Brandt . . . . .	„ 50
Aus unterm politischen Tagebuch . . . . .	„ 52
Feuilleton: Shakespeares Antonius und Kleopatra. Eine Alltags- tragödie. Von Renate Brandt. (Fortsetzung folgt) . . . . .	„ 52

### Der Parlamentarismus in Rußland.

Wir haben Sympathie für die Bolschewiks, erklärte neulich der Berliner „Vorwärts“, aber nicht für ihre Methoden. Die Sympathie des „Vorwärts“ würden die Bolschewiks erwidern, kann uns gestohlen werden. Und wie steht es mit der unabhängigen Presse? In der „Leipziger Volkszeitung“ wechselten Angriffe auf die Bolschewiks mit Verteidigungen ihres guten Rechtes. Woher kommt es, daß diese verschiedenen aktiven Revolutionäre so wenig uneingeschränkte Anerkennung bei den westlichen Sozialdemokraten finden, woher diese Schulmeisterei? Die deutsche Sozialdemokratie war immer so gelehrt, so allwissend, sie stand so sehr auf dem Gipfel marxistischer Wissenschaft — d. h. wie sie sich den Marxismus für ihre Zwecke zurechtlegte — sie fühlte sich so erhaben über die unwissende, rückständige Arbeiterbewegung aller Länder, daß jetzt sogar ihre besten Männer — geschweige die kleinen Größen, die tagtäglich ihre Zeitungen füllen — kaum ahnen, daß sie auf der großen Weltbühne jetzt eine bescheidene Rolle zu erfüllen haben.

Eine gewaltige Bewegung hat sich wie ein lodernes Feuer erhoben im Osten Europas, und in ihrer naturwüchsigen Praxis, aus dem tiefsten Wesen sich erhebender Arbeitsvölker aufquellend, werden altüberlieferte Traditionen und Denkgewohnheiten zu Asche verzehrt. Die neue Praxis haben wir zu verstehen, in ihrem Wesen, ihrer Bedeutung, ihren Konsequenzen, aber die Angst — und Biedemeier der deutschen Sozialdemokratie glauben umgekehrt aus ihren vergilbten papiernen Theorien an dieser Praxis herumzörgeln zu können.

In keinem Punkte ist es einem in der deutschen Sozialdemokratie ausgewachsenen Arbeiter so schwer, die russische Praxis zu verstehen und zu würdigen, als in dem des Parlamentarismus. Denn die deutschen Arbeiter sind vierzig Jahre lang erzogen in dem Parlamentarismus als Grundlage alles Arbeiterkampfes. Ehrfurcht vor dem Parlament war das Kennwort seiner freiheitlichen Gesinnung, seiner Auflehnung gegen Junkerherrschaft und

Bureaokratenwillkür. Nur sollte das Parlament demokratisch sein, von allen Volksgenossen mit gleichem Wahlrecht gewählt. In ihren eigenen Institutionen ahmten sie diesen Parlamentarismus nach; die oberste Behörde in ihrer selbstgeschaffenen Parteiorganisation war der Parteitag, ein demokratisches Parlament, das allmählich auch die schlechten Charaktere der Parlamente stets deutlicher zeigte. Allerdings traten in den letzten Jahren schon einige Unstimmigkeiten auf und ein einziger wagte schon den Gedanken zu fassen, daß das Partei- oder Gewerkschaftsparlament ebenso wenig den Willen der Massen verkörpern könnte, wie die regierenden Parlamente in Westeuropa. Aber in den maßgebenden Massen der Arbeiter blieb die Ehrfurcht vor dem demokratischen Parlamentarismus als Grundlage jeder freiheitlichen Ordnung bestehen.

In der russischen Revolution traten die Massen selbst in Aktion und stürzten den Zarismus. Eine neue Regierung trat auf, und wurde seitdem von anderen Regierungen abgelöst. Mit welchem Rechte? Worauf stützte sich ihre Herrschaft? Der Form nach war ihre Herrschaft usurpation, einfache Anmaßung der Macht. Kein Parlament hatte sie eingesetzt, sie hatten sich selbst eingesetzt. Und trotzdem darf man sagen, daß sie durchaus nicht weniger den Volkswillen verkörperten als eine durch Parlamentsmehrheit gestützte Regierung. Sie waren gleichsam von selbst — durch ihre bisherige Stellung, ihren Kampf gegen den Zarismus, ihr Führertum in den Oppositionsbewegungen — angewiesen als die neue Regierung; sie nahmen ihren Platz ein unter schweigender oder ausgesprochener Zustimmung des Volkes. Wären sie nicht die Vertrauenspersonen der Klassen, die die Revolution machten, gewesen, sie hätten nicht an die Spitze treten können. Wir lassen dahingestellt, ob das Vertrauen in jeder Hinsicht gerechtfertigt war; beruhte es auf Illusion, so mußte es nachher verschwinden und kam die Korrektur von selbst. Denn, das ist das Wesen einer revolutionären Regierung: sie kann sich nur solange halten, als sie das Vertrauen der Massen besitzt, denn sie hat keine altgefestigten Machtmittel sich gegen den Willen der Massen zu halten.

Solche Regierungen, als seit März 1917 einander in Rußland ablösten, sind also im Grunde garnicht weniger demokratisch als parlamentarische Regierungen. Oder eigentlich sind sie in viel höherem Maße demokratisch: denn eine Parlamentsregierung kann längst nicht mehr der Volksstimmung entsprechen und sich dennoch halten, da diese Volksstimmung dem Ende der Sitzungs-